

Resolution der Landesversammlung der Europa-Union Hessen am 1. September 2012 in Fulda

Mehr Europa – weniger Krise

1. Visionen wurden verwirklicht

Die große Idee Europas als Ort der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, als Friedenswerk, mit Schutz von Minderheiten, Meinungs- und Religionsfreiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ist Alltag geworden. Diese weltweit geachteten Gemeinsamkeiten werden in der EU als Selbstverständlichkeit wahrgenommen.

Der Binnenmarkt mit Freizügigkeit und Vergemeinschaftung hat die Union bereichert. Sprachenvielfalt, unterschiedliche Kulturen und Bildungssysteme prägen das Leben der Menschen in der EU.

Die mittel- und osteuropäischen Länder, welche die friedliche Revolution erreicht und den Kommunismus überwunden haben, wurden integriert - eine historisch, moralisch und politisch enorme Leistung der Völker Europas und eine Stärkung der EU.

Was fehlt, sind handlungsfähige Institutionen, ausreichende Legitimität und die Überwindung der Widersprüche zwischen der nationalen und europäischen Ebene.

2. Nur ein starkes geeintes Europa sichert unsere Autonomie

Die EU schrumpft: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es 20 % Europäer, Anfang dieses Jahrhunderts waren es 11 %, Ende dieses Jahrhunderts werden es nur noch 4 % sein. Allein diese Zahlen zeigen, dass nationalstaatliches Denken nicht gefragt ist, stattdessen das gemeinsame Voranschreiten für ein starkes Europa. Nur ein starkes geeintes Europa sichert unsere Autonomie. Wenn wir Europa schwächen, werden Mächte stärker, auf die wir keinen Einfluss haben.

3. Wir wollen die vereinten Staaten von Europa

Die EU braucht ein neues Konstrukt, das bisher ohne Vorbild ist, weder nach dem Modell der USA noch als simple Zusammenarbeit von souveränen Staaten. Eine eigenständige Architektur ist nötig, in der die Mitgliedstaaten Kompetenzen an die europäische Ebene abgeben. Intergouvernementales Handeln reicht nicht aus; die Gemeinschaftsinstitutionen brauchen Einfluss und Durchsetzungskraft.

4. Kommission als europäische Regierung

Durch das Europäische Semester erhält die EU-Kommission mehr Kompetenzen als bisher. Sie hat das Recht, Länderberichte zu prüfen und schaltet sich in die Aufstellung der nationalen Haushalte ein, wenn gegen verabredete Leitlinien verstoßen wird. Eine so erstarkte europäische Regierung braucht allerdings demokratische Legitimation; deshalb plädieren wir für die Direkt-

wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission, der zugleich Präsident des Europäischen Rates sein sollte.

5. Kontrollfunktion des EP stärken

Das Europäische Parlament erhält mehr Einfluss. Dazu gehört die Kontrolle nationaler Haushalte. Bei allen europaweiten Entscheidungen ist es gleichberechtigt mit dem Ministerrat. Es braucht das Recht, Gesetzesvorlage einzubringen und muss mehr parlamentarische Kontrolle über die EU-Kommission erhalten. Bei den Europawahlen sollen die Parteien mit eigenen Spitzenkandidaten antreten.

6. Mitverantwortung für nationale Parlamente

Alle Parlamente müssen frühzeitig in europäische Entscheidungen eingebunden werden. Sie sind nicht die Claqueure von Regierungen, die gefällte Entscheidungen im Nachhinein bestätigen. So wird das Gefühl der Mitverantwortung für den gemeinsamen europäischen Weg verstärkt. Im Vorfeld müssen sich die nationalen Abgeordneten mit den MdEP abstimmen.

7. Volksabstimmungen riskieren

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Geschehen genießt allerhöchste Priorität. Um mehr Europa zu verwirklichen, brauchen wir Volksabstimmungen auf Ebene der EU. Über grundlegende Entscheidungen sollen in Zukunft europaweit am gleichen Tag in allen Mitgliedstaaten Referenden stattfinden.

8. Einsetzung eines neuen Konvents

Zur Erarbeitung eines neuen „Grundgesetzes“ soll ein Konvent eingerichtet werden. Dieser sollte an die Besetzung des Verfassungskonvents angelehnt werden und die nächsten erforderlichen Schritte für eine vertiefte Integration der Europäischen Union erarbeiten.

9. Wirtschaftskrise nicht zur Sinnkrise werden lassen

Die jahrelange Wirtschaftskrise mit immens hohen Staatsschulden und Verteilungskämpfen zwischen Arm und Reich, hat tiefe Spuren hinterlassen. Den unzulässigen Vereinfachungen muss Paroli geboten werden! Der Wegfall des Euro würde durch die Aufwertung der D-Mark zu einer gravierenden Abschwung, einer gefährlichen Rezession und einer dramatischen Arbeitslosigkeit führen.

Statt populistischer Schuldzuweisungen sind Respekt, Würde und die Anerkennung von Unterschiedlichkeit nötig, ebenso der Wille, Gemeinsamkeit zu schaffen.

10. Wirtschaftspolitik supranational gestalten

Die nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Kooperation und Koordination sind ein bedeutender Schritt zu mehr Integration. So gehören 17 Mitgliedstaaten zum Euro-Raum, 23 haben dem Euro-Plus-Pakt und 25 dem Fiskalpakt zugestimmt. Längerfristig muss die Wirtschaftspolitik auf supranationaler Ebene entschieden werden.

11. Six-Pack stärkt Euro-Stabilität

Der Euro ist eine Antwort auf die Globalisierung. Er ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Projekt. Solidarität und Solidität gehören unabdingbar zusammen. Voraussetzung ist, dass gemeinsame Regeln auch gemeinsam eingehalten werden. Kein Land wird fallengelassen - ein deutliches Signal an die Märkte zur Verhinderung von Spekulationen und Finanzmarkt-Wetten! Der vom EP initiierte Konsens mit Kommission und Rat – Six-Pack – ist ein Meilenstein für eine positive Entwicklung, da Sanktionen endlich greifen werden.

12. Eine Chance für Griechenland

Die Leichtfertigkeit, mit der Griechenland als "reif für die Insolvenz" diffamiert wird, ist unverantwortlich. Freilich gehören extreme Anstrengungen dazu, um schmerzliche Reformen zu verwirklichen. Griechenland braucht "Luft zum Atmen". Die Bemühungen sind anzuerkennen: ein effizientes und gerechteres Steuersystem, Privatisierungen, harte Sparkurse. Konkrete Ergebnisse liegen im Eigeninteresse der Griechen.

13. Haushalte konsolidieren, gleichzeitig Wachstum schaffen

Mit dem Fiskalpakt – nach deutschem Vorbild – werden Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen integriert. Es darf nicht zum "Kaputtsparen" kommen. Gleichzeitig muss die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Durch Wachstum erhalten gerade junge Menschen eine Perspektive. Aktive Maßnahmen und Investitionen in bessere Ausbildung, Bildung und zukunftsfähige Jobs werden zu neuen Chancen führen. Der notwendige Sparkurs in den Mitgliedstaaten muss durch den Wachstumspakt ergänzt werden. Dafür sind bestehende Haushaltsreste zu verwenden, die Investitionstätigkeit der EIB zu forcieren und Gemeinschaftsmittel für Ausbildung, Bildung, Infrastruktur und Umweltprojekte zu nutzen.

14. Europäische Wirtschaftsregierung

In einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung sollen sich die Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Euro-Staaten mehrfach im Jahr treffen, langfristig zusammenarbeiten, einander besser kennenlernen und dadurch empfänglicher werden für Kompromisse. Diese Wirtschaftsregierung soll bei der EU-Kommission angesiedelt werden und ist vom EP zu kontrollieren. Der Präsident der Kommission soll einen Stellvertreter als Kommissar für Wirtschaft und Währung ernennen.

15. Wirksame Kontrolle des Finanzsektors

Drei neue europäische Aufsichtsbehörden werden zu Wächtern und Kontrolleuren der nationalen Aufsichtsgremien: Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) in London, Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in Paris und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) in Frankfurt am Main.

Wir unterstützen die Überlegung, die Bankenaufsicht in die Hände der EZB zu legen, die vor allen Dingen die „systemrelevanten“ Großbanken betrifft, die grenzüberschreitend tätig sind.

Die wirksame Kontrolle von Finanzprodukten und -akteuren ist unumgänglich. Weitere Maßnahmen sind die Zertifizierung von Hedge-Fonds, ebenso europäische Alternativen zu den drei marktbeherrschenden US-Ratingagenturen. Durchschaubarkeit, Offenheit, Übersicht über Fakten und Strukturen sowie die Haftung bei Beurteilungen sind gefragt.

16. Soziale Marktwirtschaft sichern

Grundlegendes Element des Zusammenlebens von 500 Millionen Menschen sind Solidarität, Stärkung der Schwachen, Verhinderung von Ausgrenzung und Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung. Im Artikel 3 wird zu Recht des Lissabon-Vertrages wird der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt gefordert. Solidarität in der Eurozone ist Pflicht - nicht nur im Nehmen, sondern auch im Geben.

17. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Nur wenn wir auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik noch viel stärker gemeinsam handeln, werden wir in der Welt wahrgenommen. Wir fordern eine enge Koordinierung der Auslandseinsätze zur Friedenssicherung. Darüber hinaus wollen wir, dass die Entwicklungshilfe und alle Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung auf europäischer Ebene abgestimmt werden.

18. Verständliche Botschaften!

Es ist nicht einfach, die Unterschiede zwischen Kommission, Rat, EP und Regionen zu verstehen oder gar die Gründe zu kennen, warum Milliardenbeträge für die Stabilisierung der Finanzsysteme bereitzustellen sind. Verstehbare Botschaften sind nötig, damit schrittweise eine europäische Öffentlichkeit entsteht. Ziel ist, das Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union zu schaffen. Die EUH arbeitet daran, dass eine dauerhafte Verantwortungsgemeinschaft geschaffen wird.